



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

47 (28.1.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-201633](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-201633)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich für ein Haus gebucht Mark 10.—. Durch die Post bezogen Vierteljährlich Mark 48.—. Postcheckkonto Nummer 17300 Karlsruhe in Baden und Nummer 2017 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E. v. Gschäfts- u. Abonnenten Adressen: Waldhofstraße Nummer 6. Fernsprecher Nummer 7960, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adressen: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweifach.

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile Nr. 4.— am 8. Mr. 5.—. Stellenangebote u. Sonst. Anz. 20.—. Nachb. Kellner Nr. 18.—. Annoncenbüro: Mittelstraße 200. P. 11. Abends. 10.—. 1/2 Mr. für Anzeigen an bestimmten Tagen. Stellen u. Anzeigen u. keine Verantwortung. Adressen: Gschäfts- u. Abonnenten Adressen: Waldhofstraße Nummer 6. Fernsprecher Nummer 7960, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adressen: General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweifach.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Zustimmung des Reichstages zum Steuertkompromiß.

Zur Abwehr.

In der an die Rede des Reichstanzlers sich anknüpfenden Debatte hat als erster Redner Graf Westarp gesprochen. Er hat scharfe Vorwürfe gegen die Deutsche Volkspartei erhoben und es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß von deutschnationaler Seite die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum Steuertkompromiß weidlich ausgeschaltet werden wird. Wir glauben nicht, daß diese Zustimmung der Deutschen Volkspartei sehr leicht geworden ist, daß sie mit besonderem Enthusiasmus eine Aktion unterstützt hat, die letzten Endes auf eine Stützung des Kabinetts Wirth hinausläuft. Aber man sollte in deutschnationalen Lager doch auch sorgfältig bedenken: In den Tagen vor Zustandekommen des Kompromisses ist von verschiedenen, dem Reichskabinetts nachstehenden Seiten auf eine ganz andere Lösung der Schwierigkeiten hingedringt worden, als sie nunmehr gefunden worden ist. Unsere Leser werden sich entsinnen, daß die Mehrheitssozialdemokratie noch bis zuletzt durch alle möglichen taktischen Züge auf eine Mehrheit mit Hilfe der Unabhängigen hingearbeitet hat. Noch am 25. Januar hat Herr Dr. Wirth den Vorstand der Unabhängigen empfangen. Auch Rathenau war, soweit man hört, der Kombination nach links hin nicht abgeneigt. Die Frankfurter Zeitung hat noch am Abend vor dem Empfang der Unabhängigen den Dr. Wirth dringend aufgefordert, einen solchen Schritt zu wagen — was sie meinte, wurde klar aus der Behauptung, daß nur die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen den Rücktritt des Kanzlers wollten. Dieser Wühne Schritt ist verhindert worden oder hat nicht getan zu werden brauchen, weil die Deutsche Volkspartei mit den übrigen Mittelparteien in eine Front rückte. Herr Dr. Wirth und seine Freunde haben heimliche Reigungen kämpfen müssen.

Hätte die Deutsche Volkspartei nicht mitgearbeitet, Dr. Wirth und Dr. Rathenau hätten sich nicht bedacht, eine andere Mehrheit zusammenzubringen, die ihren innersten Reigungen mehr entspricht. Denn Wirth und Rathenau lieben die Deutsche Volkspartei durchaus nicht — das zeigt sich heute noch wieder in einer verdrossenen und säuerlichen Betrachtung der Frankfurter Zeitung über die Möglichkeit eines Rücktritts der Deutschen Volkspartei ins Kabinetts.

Wir fragen, wäre es den Deutschnationalen lieber gewiß, das Steuertkompromiß wäre mit den Unabhängigen zusammen gemacht worden? Der enge Kreis um Westarp, der auf eine innere Katastrophe hinarbeitet, wird diese Frage vielleicht bejahen. Aber wir denken, daß es unter den Deutschnationalen doch eine große Zahl besonnener Männer gibt, die wolle Verständnis für die Taktik der Deutschen Volkspartei haben, durch die ein größeres Uebel verhindert worden ist.

Wer behauptet, daß heute schon mehr zu erreichen sei, will oder kann die wirkliche Lage der Dinge nicht verstehen. Wir haben nun einmal heute eine überstarke sozialistisch-demokratische Bewegung — haben sie nicht zum wenigsten durch die Kurzschichtigkeit und den Egoismus der Konservativen (siehe die Rede im Buche des Reichstanzlers Michaelis, eines streng konservativen Mannes), wir haben als weitere Erkenntnis das parlamentarische System. Wer glaubt, diese unangenehme und harten Lasten in den Wind schlagen zu können, wer das Heil Deutschlands in neuem Bürgerkrieg sieht, mag idellen und großartig tun. Verantwortungslos bewußten Männern wird kein anderer Weg möglich scheinen, als der des Kompromisses. Mag ein solches Kompromiß auch durchaus nicht ein Ideal vorstellen, es bleibt unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine andere Wahl.

Überhaupt des abgeschlossenen Kompromisses gab es nur zwei Wege: entweder machte das Kabinetts Wirth-Rathenau die Steuereinkünfte mit den Unabhängigen, oder die bürgerlichen Parteien schlossen sich gegen die sozialistischen zusammen, dem Kabinetts stützten und eine scharfe innere Spannung, die im Reigen der augenblicklichen Bewegung der Eisenbahner und der Bergarbeiter höchst bedenkliche Formen hätte annehmen können.

Die deutschnationalen Kritiker müßten zugeben, daß diese Erwägung nicht aus den Fingern gelogen ist. Sie sollen sie überlegen, wenn sie können!

Auf dem Wege zur Regierungserweiterung.

Berlin, 28. Januar.

(Von unserem Berliner Büro.)

Es ist leider immer wieder von neuem festzustellen, wie gering das Interesse deutscher Parlamentarier für die Außenpolitik ist. Früher im alten Reichstag konnte man sagen: Heute sind die Leute sagen, wenn es keine Revuen gäbe. Der Durchschnittsparlamentarier befreit, wenn er über Fragen der Außenpolitik zu sprechen hat, seinen Bedarf schon aus den Leitfäden der Tageszeitungen. Sie umschreiben sie fast alle. Selbst dann, wenn sie, wie Herr Hermann Müller, Reichsminister und sogar Kanzler waren. So habe ich im Grunde nur zu vermehren, was sich aus dieser Aussprache für eine Prognose für den Gang unserer inneren Politik, genauer für die zukünftige Parteikonstellation ergibt. Herr Müller-Franken und Herr Breitscheid tauschen aufeinander aus. Mehrheitler und Unabhängige sind einander also nicht näher gekommen. Breitscheid muß noch einen Rechtsbruch des Kabinetts feststellen zu können, wenn auch er geneigt ist, in Ganges einen Erfolg der deutschen Regierung zu sehen. Trotz der Einwände und auch der früheren Beurteilung der persönlichen Leistungen Dr. Ra-

thenau wird es indes bei der im großen und ganzen wohlwollenden Neutralität bleiben, die bislang die Unabhängigen dem Kabinetts Wirth entgegengebracht haben. Nur die Zwangsanleihe genügt ihnen noch nicht. Es ist nicht das sichtbare Opfer des Besitzes, von dem man in den unabhängigen Hütten träumt. Drohend zieht Breitscheid eine Entschleierung aus seinem Gewande, die wiederum die Forderung nach den schon vielberufenen Sachverten stellt. Dafür hat der Kanzler nunmehr das Zentrum anscheinend ohne Ausnahme hinter sich. Dr. Rarr, von dem man bislang behauptet hat, daß des Kanzlers Wege nicht immer die seinen waren, meinte selber: die konsequent durchgeführte Politik Dr. Wirths ist die allein richtige, wenn das Wohl des Vaterlandes ferner gewährleistet werden soll. Immerhin war durch diese Erkenntnis an den Dingen, wie sie waren und wie sie sind, noch nichts geändert. Dr. Becker stellte sich geistern freundschaftlich zu Herrn Dr. Wirth, als das völksparteiliche Gespögnis gewendet ist. Er dankt dem Kanzler für die Art, wie dieser gestern für die sogenannten Kriegsverbrecher und die Objektivität des Reichsgerichts eingetreten ist. Freilich, Herr Becker hätte auch die Zurückweisung der Angriffe Poincarés, hätte vor allem einen schärferen Widerspruch gegen dessen Illogie und vertragswidrige Auffassungen gewünscht. Er wußte klar und verständlich auseinanderzusetzen, warum die Zwangsanleihe immer noch das kleinere Uebel bleibe, und warum es im Grunde deutschen Interesse liege, wenn die Deutsche Volkspartei ihr zustimme. Allerdings ganz vorbehaltlos ist diese Zustimmung noch nicht. Die Volkspartei verlangt ihre „sachlichen und persönlichen Garantien“, verlangt sie sogar in der Form einer von Fraktionswegen festgelegten feierlichen Erklärung. Würden diese Sicherheiten nicht geschaffen, so würde die Volkspartei die Verantwortung für die Steuereinkünfte und die Zwangsanleihe nicht zu tragen vermögen.

In den Kreisen der Deutschnationalen, die auch sonst die Bewegung der Partei der Mitte mit Unbehagen und Unruhe verfolgt, hat man über diese Erklärung frohlockt. Man hat gemeint, das sei eine Abgabe an die große Koalition, sei das läutende Sterbeglocklein schon in der Geburtsstunde. Das war sie nicht und konnte sie nicht sein. Denn die nämlichen Garantien haben auch die Demokraten, hat, wenn schon nicht als Resolution, in seiner gestrigen Rede auch Dr. Petersen gefordert. Diese Forderungen sind keineswegs neu. Sie haben bei den Verhandlungen der letzten Tage eine bedeutende Rolle gespielt, und auch Herr Dr. Wirth hat mit ihnen sich wohl abgefunden. Dennoch steht auch hier die große Koalition noch von manchen Fährnissen umwittert. Dr. Petersen hat gestern keine Ausführungen mit dem Satz begonnen: „Wir sind bereit die Regierung zu unterstützen und bei der Durchführung des Kompromisses mitzuarbeiten.“ Er hat Herrn Dr. Wirth gleichzeitig wissen lassen, die demokratische Fraktion sei bereit, nunmehr in die Koalition einzutreten. Sie wünscht sofort an den internen Beratungen der Regierungsparteien teilzunehmen. Das scheint bedauerlich, denn zu solcher Eile, die von der Volkspartei, mit der die Demokraten doch Wachen und Manate hindurch zusammengearbeitet haben, doch als Boreiligkeit aufgefaßt werden kann, lag kein Grund vor. Bisher hatte man immer wieder versichert, der Volkspartei gebühre als der größeren Fraktion der Vortritt in diesen Stücken. Diese seltsame Hast, die die Leitung der demokratischen Fraktion nun plötzlich entwickeln zu müssen geglaubt hat, kann doch wohl aufgefaßt werden, als könnten die Demokraten den Drang nach den Ministeresseln nicht mehr beheimern. Diese Deutung mag falsch sein: Wir hoffen es. Aber sie wird, fürchten wir, neue Rührung gewinnen, wenn, wie nach manchen Vorzeichen anzunehmen ist, Anfang der nächsten Woche Herr Dr. Wirth an die Vervollständigung seines Kabinetts denkt und Herrn Dr. Rathenau als Minister des Äußeren vorstellt.

Die gestrige Debatte hat dann mit einem ansehnlichen Erfolg des Kanzlers geendet. Nachdem Herr Leicht von der bayerischen Volkspartei seine Zustimmung zum Steuertkompromiß geäußert hatte, nach zwei endlosen Kommunitäten und einer Erklärung des deutschnationalen Parteichefs Herz, der zwar die Unterstützung des Kabinetts Wirth ablehnte, das Wort: Nichtvertrauen aber in geschickter Abwägung der Nuancen zu umgehen wußte, wurde ein kommunistisches Nichtvertrauensvotum einstimmig vom Reichstag abgelehnt.

Das Ministerium Wirth rechtsmittefer denn je. Es hat die Arme frei für Genau und auch sonst. Der Kanzler kann sein Kabinetts mit den vielen Stellvertretern und Provisorien in Ruhe ausweiten und vervollständigen. Rockenmal also: Wozu die demokratische Hast?

Zwangsanleihe und Kreditangebot der Industrie.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel.) Von einer gut unterrichteten Stelle, die bei den Bemühungen um die Kreditation politisch und wirtschaftlich mitgewirkt hat, wird der „Täglichen Rundschau“ mitgeteilt, daß durch die vom Reichstag angenommene Zwangsanleihe das Kreditangebot der deutschen Industrie hinlänglich geworden sei. Die maßgebenden Kreise des Reichsverbandes der deutschen Industrie seien der Auffassung, daß die Zwangsanleihe der Industrie so angepaßt werde, daß sie überhaupt kein eigenes Angebot mehr aufrecht erhalten könne. Auch die deutsche Landwirtschaft habe beschlossen, keine eigenen freiwilligen Leistungen mehr an das Reich zu machen, da durch die neuen Steuern und die Zwangsanleihe die Landwirtschaft sich kaum noch wirtschaftlich lebensfähig erhalten könne.

Ablehnung eines Nichtvertrauensvotums.

ORB. Berlin, 27. Januar.

Mit einem anerkennend und warm gehaltenen Nachruf für die heute morgen verstorbenen Abgeordnete Frau Vulte Bier, die gestern während der Rede des Grafen Westarp ein Ohnmachtsanfall erlitten hatte, eröffnete Präsident Lohde die heutige Sitzung. Schnell waren zwei vorliegende Anfragen erledigt und man ging zur Aussprache über die gestrige Regierungserklärung über.

Abgeordneter Müller-Franken

sprach für die Sozialdemokraten. Seine Rede war vor allem abgeleitet auf einen sehr scharfen Ton gegen rechts. In der gestrigen Rede des Grafen Westarp ließ er kein gutes Haar. Zeitweise ging es recht lebhaft im Saale zu, da die Deutschnationalen sich durch Hochrufe zu verteidigen suchten. Der Redner entrollte das Konversionsprogramm der früheren konservativen Partei und leitete daraus her, daß gerade die äußerste Rechte am wenigsten Grund hätte, sich über die Politik unserer Gegner zu beschweren. Der Redner ging dann auf das Steuertprogramm ein, das zwar nicht den Wünschen der Sozialdemokraten entsprechend keine Regelung gefunden hatte. Aber seine Partei habe sich dem Ernst der Stunde gefügt. Der Redner bedauerte, daß die politische Lage und die vor der Türe stehende Konferenz von Genau einen Appell an das Volk nicht gestatte. Wäre der Kanzler zur Auflösung des Reichstages geschritten (gerechte Steuerverteilung), dann hätte die Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten einen Reichstag gewählt, der ein gerechteres Kompromiß gemacht hätte.

Abgeordneter Müller-Franken

ging dann die einzelnen Punkte des Kompromisses durch, an verschiedenen Stellen Kritik übergend, um sich zum Schluß mit der Rechten auseinanderzusetzen.

Ruhig und sehr sachlich sprach der Abgeordnete

Marg (B).

der sofort eingangsbetonte, daß er und seine Partei geschlossen hinter dem Programm des Reichstanzlers ständen und entschlossen seien, die Politik mit allen Kräften zu unterstützen zur Erreichung der gestern vom Reichstanzler gekennzeichneten Ziele. Es war notwendig, daß einmal von dieser Stelle aus — und einem Parlamentarier trocken aneinander gereicht wurde, daß die Politik des Kanzlers Wirth in ihrer ruhigen Beharrlichkeit trotz aller Schwierigkeiten Erfolge gezeigt habe, Erfolge, die bis zur Konferenz von Genau führten. Es sei auch ein Erfolg des Kabinetts Wirth, daß sich nunmehr 5 Parteien zusammengefunden hätten, um die schwierigste delikate Frage der Ausbringung der neuen Steuern gemeinsam zu lösen. Wenn wir uns auch keinem Optimismus hingeben würden, so müßte man doch mit jedem Schritt zufrieden sein, der dazu führe, daß wir wieder eintrüben in die Gemeinschaft der Völker als gleichberechtigtes Mitglied. Abg. Marg appellierte dann an die Oberweislichkeit, — ob Weis oder nicht Weis — bei der Ausbringung der ungeheuren Steuerleistung. Den breiten Massen hätte man neue Opfer nicht zumuten können. Das sichtbare Opfer des Besitzes lege der Redner in der Zwangsanleihe. Es sei erfindlich, daß auch die Landwirtschaft bereit sei, an dem Opfer teilzunehmen, indem sie, wie er sich habe fagen lassen, bereit sei, zwanzig Millionen Papiermark auf ihre Schultern zu nehmen. Gegenüber dem negativen Angriff des Abgeordneten Westarp auf das Kabinetts Wirth vernahm der Abg. Marg positive Vorwürfe der äußersten Rechten. Wenn, so meinte er, wir die Politik des Grafen Westarp befolgt hätten, so wäre das Deutsche Reich heute bereits zusammengebrochen. — Zum Schluß sprach der Redner die Hoffnung aus, daß wir in absehbarer Zeit mit Hilfe der Wirthschen Politik wieder zum Aufstieg kommen werden.

Nachdem sich der Beifall gelagert hatte, ergriß das Wort der Redner der Unabhängigen, der

Abg. Dr. Breitscheid.

Abg. Dr. Breitscheid unterzog die Politik der Regierung Wirth einer sehr eingehenden Betrachtung. Er sprach dem Kabinetts Wirth seine und seiner Partei Billigung zur Politik der letzten Jahre aus. Es war bemerkenswert, daß von dieser Seite nur anerkennende Worte fielen. Sehr scharf wandte sich Breitscheid gegen den Grafen Westarp und dessen Freunde, die allerdings zum größten Teil aus dem Saal verschwunden waren. Nach dem politischen eil der Rede kam Abg. Breitscheid zum agitatorischen Teil, zur Abrechnung mit den Mehrheitssozialdemokraten und ihrer Haltung in der Steuertkompromißfrage. Er warf seinen rechtssozialistischen Stiefbrüder Berrot an den Arbeiterinteressen und dergleichen Nebenarten mehr vor. Die Sozialdemokraten antworteten mit scharfsinnigen Fühlensätzen.

Abg. Dr. Becker (D. Sp.)

Wenn man aus den Worten des Abg. Rarr herauslesen sollte, daß auch wir den Erfolg der Arbeit der letzten Wochen als einen Erfolg der Politik des Kabinetts Wirth ansehen, so möchte ich doch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir uns bei unserer Mitarbeit an dem Steuertkompromiß, das man besser ein Finanzkompromiß nennt, in keiner Weise beeinträchtigen lassen, von einer Rücksichtnahme auf die Politik des Kabinetts Wirth, oder als eine Wandlung in unserer Beurteilung der Politik des Kabinetts eingetreten wäre. (Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei). Die Rot des Volkes und die Notlage unserer Finanzen macht es erforderlich, daß die

Zuschauer sich annehmen über die Parteifranken hinweg, damit wir einen Anfang in der Befundung unserer Finanzverhältnisse machen. So und nur so ist unsere Mitarbeit bei dem Finanzkompromiß zu verstehen. Wie sich die Dinge entwickeln haben, darüber sind wir uns einig. Es ist eine gewisse Besserung in der Beurteilung unserer Verhältnisse und der ganzen Weltlage in den neutralen Staaten sowohl als auch bei unseren Gegnern selbst zu verzeichnen. Wir sind uns nicht einig darüber, unter welchen Umständen diese Besserung kam und ob besonders einzelne Personen das Verdienst an der veränderten Betrachtung der Dinge haben. Wenn man aber die Verdienste eines Mannes in den Vordergrund stellt, ist es geboten, ohne die Verdienste dieses Mannes zu schmälern, der zahlreichen Männer des In- und Auslandes zu denken, die die Finanzhäute mit reinigen helfen. Wir werden auch von Genau sicher nicht mit einem vollen Umschwung in der Betrachtung der Dinge zu erwarten haben, sondern erst nach und nach werden wir zu einer Besserung kommen, von der wir glauben, daß ihr eine gerechtere Verteilung unserer Lage folgt. Wir begrüßen mit Freude, daß der Herr Reichstanzler sich mit den Ausführungen des Herrn Poincaré beschäftigt hat und ein starkes Wort der Abwehr gegen das neue Verlangen auf Auslieferung der Kriegsverbrecher gefunden hat. (Zustimmung rechts.) Wir danken ihm auch, daß er in so warmer Weise für die Unabhängigkeit des Reichsgerichts eingetreten ist (Beif. Brand! bei der D. Sp.) und wir danken ihm ferner, daß er hingewiesen hat auf

die falschen Behauptungen Poincarés über die blühende deutsche Wirtschaft! Vermitt haben wir allerdings, daß der Reichsanzeiger nicht von verantwortlicher Stelle aus die falschen Behauptungen richtig gestellt hat. Die Briand auf der Konferenz von Washington über Deutschlands Lage vorbrachte. Immer wieder sollte man sich der Schuldfrage entgegenstellen die ja von englischen Staatsmännern immer noch ausgesprochen wird. (Sehr richtig!) Wir trennen uns nicht über den kühnen Erfolg, den mir bis jetzt erzielt haben — mir schlugen ihn nicht übermäßig hoch an! (Sehr richtig!) —, sondern weisen auch auf das Eine hin: Wir sind doch diejenigen, die den Standpunkt immer vertreten haben, daß

das, was man uns zumutet, absolut unerfüllbar sei. Aus allen Versicherungen des Reichskanzlers und der anderen verantwortlichen Staatsmänner mühten wir doch den Eindruck gewinnen, daß diese Herren glaubten, wir könnten erfüllen, wenn wir nur wollten. Das sage nicht, daß der Eindruck wirklich gefallen ist, aber den Eindruck mußten sie haben. Heute spricht man sich auch von Seiten der Regierung deutlicher aus. Wir trennen uns hierüber und legen auch hier eine zwangsläufige Entwarnung.

Zum Steuerkompromiß ist von verantwortlicher Seite gelangt worden, daß dabei die Linke gut abschneide, und von linker Seite haben wir heute gehört, daß die rechte Seite ihren Profit dabei habe. Wir können also wohl annehmen, daß dieses Kompromiß wenigstens das eine Gute hat, daß beide Parteien etwas abzumachen haben! Jedenfalls ist aber die Behauptung des Grafen Westarp falsch, daß die Industrie und die Landwirtschaft der Sozialdemokratie zum Opfer gebracht worden seien. Wir haben für die Deutschnationalen manche Dinge gefordert, die in der ersten Vorlesung nicht ohne uns beschlossen worden wären, die sie aber jetzt selbst in der zweiten Vorlesung sicher gern wieder auslösen möchten. Wir haben nicht geglaubt, daß sie von ihnen ein Wort des Dankes zu hören, umsonst mußte es überraschen, daß uns Graf Westarp die bittersten Vorwürfe gemacht hat, daß wir an dem Steuerkompromiß teilgenommen. Sie wissen ja selbst (zu den Deutschnationalen), was Schimmersers Verstand. Wenn Sie zwischen zwei Dingen die Wahl haben, dann wählen Sie sicher auch das kleinere Übel! (Sehr richtig!) Nach weiteren politischen Auseinandersetzungen mit der Auffassung der Deutschnationalen fährt der Redner fort: Die Zwangsanleihe ist ein schweres Opfer für den Reich, besonders in einer Zeit, in der die anderen Steuerklassen schon außerordentlich hoch sind. Da wir auch alle anderen Steuern bis auf das höchste entspannen müssen, müssen Besitz und Verbraucher auf das äußerste herangezogen werden. Da alle anderen Steuerquellen erschöpft waren, blieb nur mehr der Weg der Zwangsanleihe offen. Sie ist auch nichts anderes als eine Anleihe, die allerdings nach dem Vermögen des Einzelnen verteilt wird. Die Zwangsanleihe erschien als der einzige Weg, um der entsetzlichen Luthersucht, in der wir uns befinden, abzuhelfen. Ohne sie hätten wir uns mit einer weiteren Fortsetzung der Inflation begnügen müssen. Die Zwangsanleihe wird die Inflation zwar auch vermindern, aber das ist eine Wirkung, die erträglicher ist, als wenn die Notenpresse fortwährend bräut. Wir werden uns über die Grundfrage für die Ausdehnung der Zwangsanleihe doch ausführlich unterhalten müssen. Besonders der schwerbelastete Mittelstand muß berücksichtigt werden. (Sehr richtig!)

Zu der gestrigen Behauptung des Grafen Westarp, die deutsch-nationale Fraktion sei von den Verhandlungen über das Steuerkompromiß ausgeschlossen worden, muß ich doch feststellen, daß die Herren von der deutsch-nationalen Fraktion über den Gang der Verhandlungen dauernd auf dem Laufenden gehalten worden sind. Das Kompromiß scheint uns bei der gegenwärtigen außenpolitischen Lage auch deshalb notwendig, damit das ganze deutsche Volk noch einmal jetzt, wie es oft im Ausland, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, nicht die des Auslandes! Und schließlich stimmen wir dem Kompromiß mit Rücksicht auf die innenpolitische Lage zu. In unserer gegenwärtigen Situation einen Wahlkampf herauszubekommen, hätte den ganzen deutschen Wirtschaftslieben außerordentlich geschadet und die deutsche Wirtschaft völlig zum Erliegen gebracht.

Glauben Sie nicht, daß es ein Fehler gewesen wäre, unter diesem Gesichtspunkt das Kompromiß abzulehnen? Am Ende hätten Sie (nach rechts) auch die Verantwortung abgeben, das Kompromiß zum Scheitern zu bringen. Allerdings müssen wir Garantien haben, daß die Mittel nicht so verwendet werden wie bisher, und deshalb bin ich von meiner Fraktion ausdrücklich beauftragt, nochmals die Erklärung zu wiederholen, die ich schon bei den Verhandlungen über das Kompromiß abgegeben habe: Wir erklären, daß wir zwar jetzt bei der Durchführung der Zwangsanleihe keine Schwierigkeiten machen wollen, daß wir aber auf die endgültige Einseitigkeit in geschickter Weisung feste Hand haben, wenn die Bedingungen, die wir an unsere Teilnahme beim Kompromiß geknüpft haben, nicht erfüllt werden sind. (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.) Wir können der Zwangsanleihe nur zustimmen, wenn wir die Gewähre haben, daß die Ergebnisse der jetzt getroffenen Maßnahmen sorgfältig verwendet werden zu einer wirklichen Sanierung der Verwaltung im Reich und für eine Gesundung der Betriebsverhältnisse. Ich muß diese Erklärung nochmals mit aller Schärfe wiederholen und betonen, daß wir diese Bedingungen zur Zustimmung zum Kompromiß für so wesentlich halten, daß wir der Verabschiedung der Zwangsanleihe und anderer Steuererlasse nur zustimmen, wenn bis dahin ausreichende Gewähr für die von uns verlangten Sicherungen gegeben ist. Sollte das nicht der Fall sein oder sollten gar inwischen Maßnahmen getroffen werden, die den zu folgenden Entscheidungen vorgehen oder sie erschweren, so würden wir uns einem so schweren Eingriff in das deutsche Wirtschaftsleben, wie ihn die Zwangsanleihe darstellt, nicht zustimmen können. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.) Ich darf annehmen, daß die Reichsregierung sich der Bedeutung dieser Erklärung wohl bewußt ist. Wir haben uns in unserer Tätigkeit immer leiten lassen von der Rücksicht auf unser Gewissen und auf das Wohl des Vaterlandes. Das war auch unser Gesichtspunkt bei dem Zustandekommen des Steuerkompromisses und der Zwangsanleihe. Wenn wir uns nicht einseitig auf den Standpunkt gestellt haben, dieses letzte große Opfer des Volkes — das letzte muß es sein — abzulehnen, so haben wir uns dabei auch von der Rücksicht auf den zweiten Teil des Namens unserer Partei leiten lassen und ich möchte hoffen, daß andere Parteien, die sich auch Volkspartei nennen, sich ebenfalls der Verantwortung bewußt sind, die in diesem Namen liegt. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Der Vorsitzende der demokratischen Partei
Dr. Peterßen
gab zunächst die Erklärung ab, daß seine Partei bereit sei, die Reichsregierung zu unterstützen. Seine Partei verlange keinerlei persönliche Garantie, sondern sie bediene sich nur der Mittel, die die Verfassung in die Hand gebe. Die Erklärung wandte sich dann gegen die früheren Konzepte und schloß die deutsch-nationale Partei und gegen die gestrige Rede des Grafen Westarp, die die Auffassung bestärkt, daß die deutsch-nationale Volkspartei zu Verhandlungen wie in den letzten Jahren immer bereit gewesen sei. Auch er appellierte an den Friedenwillen und die Vernunft unserer früheren Gegner, nicht Unmögliches von uns zu fordern. Der Zusammenschluß der Parteien im Kompromiß beziehe die demokratische Partei als einen großen Schritt auf dem Wege zur Gesundung des deutschen Vaterlandes. Die Lösung, die durch das Kompromiß gefunden worden sei, bedeute auch eine mancherlei Stärkung der Staatshoheit.

Dr. Richter kam dann auf die jetzt in der Beamtenliste herrschende Bewegung zu sprechen und bezeichnete einen Streik der Beamten nicht als das letzte schreckliche, sondern als das erste unaufgeklärte Mittel. Die Beamten hätten das Koalitionsrecht, nicht aber das Recht auf Streik. Lebhafter Beifall bei der äußersten Linken unterbrochen den Redner. Der Abgeordnete fuhr fort: er erwarte, daß die Regierung rücksichtslos gegen die Beamten vorgehe. Er ist der Ansicht, daß die Besetzung nach sozialen Grundfragen ausgeteilt werden müßte. Unverkennbar aber sei es, daß in einem finanziellen Betriebe, von lebensfähig angelegten Beamten dieser unter Vertragbruch entlassen werde. Die Wacht in Deutschland gehe vom Reich aus und die Verantwortung dieser Wacht sei das Parlament. Er hat die Reichsregierung dringend, eifrigst auf das Recht des Kabinetts und des Parlamentes zu achten. Das sei nicht formale

Demokratie, sondern notwendige Voraussetzung für eine geordnete Führung der Staatsämter.

Der Abgeordnete
Abg. Leicht (D.D.P.)
beachtete sich zunächst mit der Politik Frankreichs, die offenbar darauf hinausgehe, die Konferenz von Genua scheitern zu lassen, oder doch nur politische und nicht wirtschaftliche Fragen dort zu verhandeln. Frankreich habe ausdauern immer noch nicht erkannt, daß die Weltwirtschaft einer Katastrophe entgegengehe, wenn nicht in jeder Stunde noch die Regierungen und Völker sich zusammenschließen, um diese zu verhindern. Er begrüßte die Ausführungen des Reichskanzlers und kam dann auf das Steuerkompromiß zu sprechen, das er durchaus billigte. Er wies auf die Opferbereitschaft der Landwirtschaft hin und bewies dies an Beispielen: So hat die reichsweite bayrische Landwirtschaft 27.000 Hektar Karisfeld, 10.140 Hektar Getreide und 46.010 Hektar Gurgel für die heimische Industrie gespendet. Auch habe die bayrische Landwirtschaft nicht in großen Mengen zu verbliebenen Preisen geäußert. Besondere Maßnahmen veranlaßt der Redner gegen das in das Ausland gehende oder dort verbleibende Kapital, das in u. a. nach verziehen müsse in erfolgen. Eine einseitige Verschärfung unter Androhung schwerer Freiheitsstrafen und Einziehung des Vermögens wäre hier am Platze. Im übrigen aber sei für eine besonders optimistische Auffassung kein Grund vorhanden.

Der Abgeordnete
Kommunist Czog
hielt eine sehr zähne Rede, die sich besonders mit der östlichen Politik befaßte und der deutschen Regierung die richtigen Wege weisen wollte, um Deutschland richtig zu behandeln. Er benutzte die Gelegenheit, um dem Kapitalismus im Zusammenhang mit dem Steuerkompromiß ebenfalls ein Ausmaß zu geben.

Der Abgeordnete
Kommunist Köhnen
hielt eine ebenso entsprechend wilde endlose Rede, die für die Strafe sprach und die noch vor vollkommener Leeren Banken, nur ein paar seiner Freunde lauteten auf seinen niederpreßenden Wortschwall.

Den Schluß der Debatte bildete dann noch eine Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei, die der Abg. Berger verlas und die nochmals die Stellungnahme gegen das Kabinett Wort sprach und nicht zu verwechseln nach außen hin Verwendung finden sollte. So die Regierungsparteien es für überflüssig hielten, in irgend einer Form den Redner Wort für Wort auszusprechen, da ja die Ansprache ein lautes Echo ergehen sollte, bestanden die Kommunisten darauf, den Redner durchgehenden Regierung einen Widerspruch vorzutragen und dadurch zu diesem Zweck ein Mißtrauensvotum ein, zu welchem sie schließlich 15 Unterschriften unter Führung des Abg. Winter gemacht hatten. Eine Geschäftsordnungsdebatte, eine Anzahl Parteierklärungen waren die Folge. Die Deutschnationalen wählten sich ebenfalls den kommunistischen Vorschlag zu unterstützen und auch die Deutsche Volkspartei erklärte, feierlich Schwur zu leisten ihre Forderungen noch einmal anders zu prüfen, als es geschehen sei. Dem schloß sich später die Unabhängigen an und als Präsident Wöhe stimmten sich, stimmten für das Mißtrauensvotum schließlich die 16 im Saal anwesenden Kommunisten.

Darauf verlegte sich das Haus gegen 8 Uhr abends auf Samstag 12 Uhr mittags.

Veröffentlichung der Vorkriegsaffäre.

Berlin, 23. Jan. (Pres.-Tel.) Wie die „Tägliche Rundschau“ zuverlässig erfährt, sollen Anfang Februar die Vorkriegsaffäre des auswärtigen Amtes veröffentlicht werden. Diesen Entschluß legt die Absicht zu Grunde, der Welt ein Bild von der deutschen Außenpolitik in jenem Zeitalter, das man auf gegnerischer Seite als das Zeitalter des deutschen Imperialismus bezeichnete und das angeblich zum Weltkrieg führte, zu geben. Die gesamten Dokumente über die diplomatischen Verhandlungen seit 1871, also seit dem Bestehen des deutschen Reiches, sollen veröffentlicht werden. Zunächst wird ein Teil dieser geheimen Akten in 6 Bänden erscheinen. Die Zusammenstellung des Materials hat Lepsius im Auftrage des auswärtigen Amtes übernommen.

Die Konferenz von Genua.

Die Vorbereitungen in England.

London, 27. Jan. Der Führer der italienischen Wirtschaftsdelegation Dr. Scammini, der in England mit den Vorbereitungen für Genua beschäftigt ist, erklärte einem Vertreter der „Times“ er sei befriedigt über den Fortschritt, welche die Vorbereitungen zu dieser Konferenz, die pünktlich stattfinden werde, genommen hätten. Man nehme in einigen Kreisen an, daß die Konferenz in Genua nur finanzielle und wirtschaftliche Fragen regeln werde. Die ersten drei Punkte der Tagesordnung seien jedoch rein politischer Natur, und wenn diese Punkte nicht angenommen würden, würde aus der ganzen Konferenz nichts werden. Die Tagesordnung sei folgende:

1. Unterordnung und Durchführung der Prinzipien, die in der am 5. Januar in Cannes angenommenen Resolution niedergelegt sind.
2. Wiederherstellung des Friedens in Europa auf solider Basis.
3. Wiederherstellung einer Atmosphäre des Vertrauens, ohne dabei bestehende Verträge zu verletzen.
4. Geldspekulationen, Zentralbank und Demissionsbank, die öffentlichen Finanzen im Zusammenhang mit der Wiederherstellung des Wechselkurses; öffentliche und private Kredite.
5. Die Förderung des Ein- und Ausfuhrhandels; die Bürgschaft für den Ein- und Ausfuhrhandel; die gesellschaftliche und rechtliche Bürgschaft für Handelsoperationen zum Schutze von industriellen, literarischen u. künstlerischen Arbeiten, Kontrollvorschriften für die Rechte und den Schutz, welche für die wirtschaftlichen Unternehmungen der Fremden im Ausland notwendig sind, Unterstützung der industriellen Organisationen.
6. Besprechung des Transportwesens.

Rußland und Genua.

Moskau, 24. Jan. Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten erliefen verlaublich:

Entgegen den in der französischen Presse geäußerten Anschuldigungen, daß Rußland auf der Konferenz von Genua verstanden werde, bolschewistische Propaganda zu betreiben, wird festgestellt, daß Rußland von dem Willen befeuert ist, sich selbst wieder aufzubauen und an dem Wiederaufbau Europas tätigen Anteil zu nehmen, und daß es sich auf der Konferenz von Genua nur wirtschaftlichen Fragen widmen wird.

Moskau, 27. Jan. Die Sowjetregierung wird auf der Konferenz von Genua durch Kossin, Litwinow und Doffe vertreten sein.

Der Wiederaufbau Rußlands.

Die Heranziehung ausländischen Kapitals

Moskau, 27. Jan. In einer Unterredung über die Beteiligung ausländischen Kapitals an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands erklärte der Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrates, Bagdanow, daß die Freigabe eines großen Teiles der Industrie, die Schaffung einer Staatsbank und die projektierte Erweiterung des Bräutkredits die Möglichkeit gebe, bedeutende Mengen inländischen Kapitals für die Industrie heranzuziehen. Dies würde aber nur dazu reichen, die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Industrie zu befriedigen, während für die Großindustrie

die Heranziehung ausländischen Kapitals notwendig sein werde. Sogar zur Durchführung des Produktionsprogrammes für 1922 sei die Heranziehung ausländischen Kapitals in Form von Rohstoffen, Hilfsmaterialien, Werkzeugen und Lebensmitteln notwendig. Auch zur Wiederherstellung der Steinkohlen-, Erdöl-, Metall- und Textilindustrie, sowie des Transportwesens würde fremde Hilfe nicht zu entbehren sein. Die Heranziehung ausländischen Kapitals sei in folgender Form gedacht:

1. In Form einer Kreditgewährung durch ausländische Banken oder Konzortien zur Bezahlung russischer Bestellungen. Diese Form sei schon zur Kriegszeit gemahnt worden, als die russischen Kriegsbestellungen durch englischen Kredit beglichen wurden.
2. Durch die Aufnahme einer Anleihe unter Vermittlung der Staatsbank, die im Ausland zur Finanzierung der Großindustrie realisiert werden soll.
3. Durch den Abschluß von Konzessionsverträgen.

Deutsch-Österreich.

Schober wieder Bundeskanzler.

Wien, 27. Jan. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober hat im Auftrage der christlich-sozialen Partei ein neues Ministerium gebildet, in dem u. a. folgende Persönlichkeiten vertreten sind: Finanzen Dr. Görtler; Verkehr Rodler; Justiz; Ballaun; Heer; Oberst Wächter; Sozialpolitik; Dr. Bauer; Handel und Ernährung; Dr. Grünberger; Ackerbau; Hennot; Botschafter; Bräunl. Das Verbleiben Schobers wurde nicht nur von den Christlich-Sozialen, sondern auch von den Sozialdemokraten gewünscht.

Deutsches Reich.

Die Tagungsdauer des Reichstages.

Berlin, 27. Jan. Der Reichstag wird wegen des Lichtmeßfestes und des darauffolgenden Sonntages vom 2. bis 6. Februar eine Pause in seinen Sitzungen eintritten lassen und danach bis zum Beginn der Ostersferien am 7. April tagen, jedoch alle 14 Tage den Samstag und Sonntag sittingsfrei lassen. Dies wird also am 25. Februar und am 11. und 25. März der Fall sein.

Die Frage des Nationalfeierlages.

Wien, 27. Jan. Dr. Peterßen und Gen. (Deutsch) haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Erlasse die Reichsregierung zu erforschen, dem Reichstag alsbald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, nach dem der 11. August zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes erklärt wird. Zweitens wird festgestellt, daß der festgesetzte Schuß des Artikels 139 der Reichsverfassung allen Feiertagen zu werden hat, die zurzeit der Erlassung der Reichsverfassung als staatlich anerkannte Feiertage zu gelten hatten.

Schluß der politischen Ansprache im Landtag.

Vertrauensvotum für die Regierung.

II. Karlsruhe, 27. Januar.
Baumgartner (Zr.), der ausführt, es sei eine gesunde erfreuliche wohlwollende Haltung der Koalitionsparteien und auch anderer Parteien gegenüber der Regierung in Erscheinung getreten. Diese Anerkennung dürfte man auch auf die Arbeit der Koalitionsparteien ausdehnen. Das Zentrum begrüße die Mitarbeit jeder Partei und würde auch eine nationale Einheitsfront begrüßen. Das Zentrum steht grundsätzlich auf dem Boden der konfessionellen Schule, denkt aber daran, an der Simultanförmigkeit zu rütteln, solange der konfessionenmäßige Charakter der Simultanförmigkeit erhalten bleibt. Die neuen Schulgesetze solle sich auch der christliche Geist zeigen. Bei der kommenden Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche werden wir bei alldem guten Willen einen Weg der Verständigung finden können.

Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Weiter war ein Antrag der Koalitionsparteien eingegangen, der Regierung das Vertrauen auszusprechen. Zu diesem Antrag bemerkte Abg. Mayer (Deutschl.) Wir haben wiederholt betont, daß unsere Kritik an der heutigen Regierungspolitik uns nicht daran hindert, davon überzeugt zu sein, daß die Regierungspersonen pflichtgemäß ihre Stellung auszufüllen sich bemühen. Weiter erwiderte zu kommen sind wir nicht in der Lage. Wir werden uns bei der Vertrauensfrage der Stimme enthalten.

Abg. Raiber (Landbund) erklärte, daß seine Fraktion der Regierung gegenüber eine abwartende Stellung einnehme und sich ebenfalls der Stimme enthalte. Die Sprecher der Kommunisten und Unabhängigen erklärten, der Regierung das Vertrauen zu verlegen.

Hierauf wurde das Vertrauensvotum mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der deutschen liberalen Volkspartei angenommen. Die Deutschnationalen und der Landbund enthielten sich der Stimmen und die Unabhängigen und Kommunisten stimmten dagegen.

Sodann wurden noch einige kurze Anfragen erledigt und die Sitzung um 7 Uhr abends geschlossen. Die nächste Sitzung findet in etwa drei Wochen statt.

III. Karlsruhe, 27. Januar. Der Verein der badischen mittleren Justizbeamten hat eine Ein-abe an dem Landtag gerichtet, worin er die Übertragung scheidetlicher Geschäfte auf die badischen mittleren Justizbeamten verlangt.

Ergänzungswahlen zum Finanzgericht.

III. Karlsruhe, 27. Jan. In seiner heutigen Sitzung wählte der Badische Landtag folgende neun aus dem Stande der Arbeitnehmer im Sinne des Betriebsrätegesetzes zu entnehmende ehrenamtliche Mitglieder des Finanzgerichts im Bezirk des Landesfinanzamtes Karlsruhe, die zugleich Vertreter aller anderen ehrenamtlichen Mitglieder dieses Finanzgerichts sind.

Gewählt wurden vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (Freie Gewerkschaften): Arbeitersekretär Jean Robert-Mannheim, Geschäftsführer Schulenburg-Karlsruhe, Kaufmann Halp-Karlsruhe, Gewerkschaftsbund Haarer-Borsheim, Arbeitersekretär Bräunl-Borsheim und Walter Stührer-Ellingen; vom Deutschen Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaften): Ministerialrat und Landtagsabg. Eberhardt-Mannheim, Arbeitersekretär Raaf-Zieremaler-Hamburg und Kaufmanngehilfen-Börner-Karlsruhe. Gestrichen wurde Bau-Geschäftsführer Hahn in Mannheim von den Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten mit 14 Stimmen.

Sitzung des Bürgerausschusses am Freitag den 27. Januar 1922.

8 Millionen Mark Zuschuß für das Mannheimer Nationaltheater.

Der Bürgerausschuß hatte gestern seinen sogenannten „großen Tag“, wie immer, wenn über das Wohl u. Wehe des Mannheimer Nationaltheaters debattiert wird, der traditionellen Ruffstätte, die nicht nur jedem eingeborenen Mannheimer ans Herz gewachsen ist, sondern auch den „Reisegeschneiten“. Wenn etwa beabsichtigt war, dadurch zur Kürzung der zu erwartenden Ausgabe beizutragen, daß der „Voranschlag des Nationaltheaters für das Jahr 1922 bezw. das Spieljahr 1922/23“ an den Schluß der aus 11 Punkten bestehenden Tagesordnung gestellt wurde, so wurde der Regieführer gründlich enttäuscht. Man hatte das Bedürfnis, sich einmal recht eingehend über all das zu unterhalten, was Theaterfreunde und -gegner — die Uninteressierten zählen hier nicht mit, weil sie nur zu zöhlen haben — nun schon seit Wochen auf das lebhafteste bewegt, was im kleineren oder größeren Kreise in der letzten Zeit mit der Leidenschaftlichkeit debattiert wurde, die den Pfälzer packt und aus seiner Passivität aufrüttelt, wenn es sich um die Schillerbühne dreht. Man sprach sich, wie gesagt, so gründlich aus, daß die im Generaldebattentitel geführte Unterhaltung von 5 bis 9 Uhr dauerte. Dann aber war der Redefluß dermaßen erschöpft, daß man nicht mehr das Bedürfnis fühlte, in die Spezialberatung der Einnahme- und Ausgabebestimmungen einzutreten. In Bausch und Bogen wurde der Voranschlag, der mit der nachgeforderten knappen Million mehr ein Zuschußbedürfnis von 8 028 800 Mark vorweist, mit allen gegen zwei kommunistische Stimmen genehmigt.

Die geschickte oberbürgermeisterliche Regie schickte nach den einleitenden Ausführungen des Obmannes des Stadtverordneten-Vorstandes zunächst den Intendanten ins Treffen. Herr Dr. Krämer, der in jüngster Zeit viel Angegriffener, sprach eine knappe Stunde. Er hatte also Gelegenheit, in aller Ausführlichkeit das zu sagen, was er zu seiner Verteidigung vorzubringen hatte. Die ganze Rede war rhetorisch recht geschickt — vom ehemaligen Rechtsanwalt mußte man das erwarten — auf die Abwehr eingestellt. Er stellte einleitend fest, daß er in seinen Erwartungen bezüglich der Schwierigkeiten der Verhältnisse nicht getäuscht worden sei. Er habe zuerst ein Fundament schaffen müssen, um Planmäßigkeit in den Betrieb zu bringen, eine Planmäßigkeit, die sich einerseits auf den Spielplan und andererseits auf das Ensemble zu erstrecken hatte. Damit leitete Herr Dr. Krämer zu programmatischen Ausführungen über, wobei er betonte, daß es nicht in erster Linie darauf ankommen müsse, zahlreiche Ur- und Erstausführungen herauszubringen, sondern sich einen ausgereichten und abwechslungsreichen Bestands zu sichern. Bei der Beleuchtung der Schwierigkeiten, die sich einem intensiven Theaterbetrieb entgegenstellen, verwies der Redner u. a. auf die räumlichen Unzulänglichkeiten, die das gleichmäßige Einstudieren zweier Stücke hindern. Zum Probieren komme eigentlich nur die Bühne des Nationaltheaters in Betracht. Trotzdem seien im Schauspiel schon drei Stücke auf einmal einstudiert worden. Das gleiche sei gegenwärtig wieder der Fall. Weiter beklagte sich Herr Dr. Krämer über die häufigen Absagen, die sich in der letzten Zeit infolge der Grippe so katastrophal gestaltet, daß nicht eine einzige Oper herausgebracht werden konnte.

Man hörte weiter, daß im Vergleich zum Spieljahr 1918/19, das bei der Gegenüberstellung nur in Betracht kommen könne, die Zahl der Ur- und Erstausführungen und Neueinstudierungen nicht abgenommen hat. Schlicht kamen bei der Kritik auch Müssen- und Niblungenaal weg. Das sogenannte „Neue Theater“ sei z. B. für das feinere Schauspiel absolut nicht geeignet und den Nibelungenaal könne man infolge seiner ganzen Anlage nur für monumentale Werke gebrauchen. Aber hierin sei man begrenzt, weil an das Organ der Schauspieler außerordentlich hohe Anforderungen gestellt werden müßten. Hier soll nun die Umwandlung des Konzertsalles im Nationaltheater in eine Kammeroperbühne Wandel schaffen. Aus privaten Kreisen sind Herrn Dr. Krämer für diesen Zweck bereits 200 000 Mk. zur Verfügung gestellt worden. Auf 1 Million sind die Kosten des Umbaus veranschlagt. Man hörte weiter, mit welchen künstlerischen Plänen sich der Herr Intendant für die nächste Zukunft trägt — sämtliche Hauptwerke Schillers sollen herausgebracht werden und auch eine Anzahl Neueinstudierungen stehen für den Rest der Spielzeit auf dem Dispositionszettel — man vernahm, wie sich der Theaterleiter die Schaffung eines geschlossenen Ensembles denkt, aber vergeblich wartete man auf den Kardinalpunkt der Rede: wie ist es möglich oder ist es überhaupt möglich, die Einnahmen so bedeutend zu steigern und die Ausgabe so bedeutend zu verringern, daß der Millionenzuschuß eine beträchtliche Ermäßigung erfahren kann. Wenn daher Herr Dr. Krämer seine Ausführungen damit schloß, daß er den dringenden Appell an Publikum und Presse richtete, ihn in seinen Bestrebungen, den alten traditionellen Auf des Nationaltheaters nicht nur zu erhalten, sondern zu neuer Blüte zu bringen, zu unterstützen, so wird der Widerspruch in der Bürgerschaft sich erst dann bemerkbar machen, wenn auf quirlende Worte positive Taten folgen.

Aus den manchmal zu weitläufigen Darlegungen der nun folgenden Redner der einzelnen Fraktionen klang mehr oder minder deutlich die Unzufriedenheit heraus, die man angesichts der gegenwärtigen Zustände am Nationaltheater in allen Kreisen der Einwohnerschaft empfindet. Herr Ludwig Haas vertrat in sehr wirkungsvoller Weise den Standpunkt der liberalen Fraktion, der dahin geht, daß man dem Theaterleiter nur noch bis zum Frühjahr Gelegenheit geben will, sein ganzes Können nach der künstlerischen und wirtschaftlichen Seite zu entfalten. Dann aber wird es sich entscheiden müssen, ob der Betrieb des Nationaltheaters eingeschränkt oder ganz eingestellt werden muß. Länger können die Stadtväter die Verantwortung vor den Steuerzahlern nicht mehr tragen. Die Kritik, die sich in der Hauptsache in den gewohnten Gedankengängen bewegte — die Melodie ist ja seit Jahren die gleiche — fand im allgemeinen auf einem erfreulich hohen Niveau. Nur der Zentrumsvorredner Gremm, der stets für die heitere Note bei den Debatten sorgt, und die Sprecher der radikalen Linken fielen ein wenig aus der Rolle. Aber so gewaltig auch der Redestrom kochte; man wartete auch hier vergeblich auf der Weisheit letzten Schluß: wie ist das Millionenbedürfnis bedeutend zu verringern. Man konnte sich nicht darüber äußern, weil selbst in der gemischten Kommission, die für die Überprüfung des Voranschlags eingesetzt wurde, keine großen Abstriche vorgenommen werden konnten. Außer der Vorlage wurden noch zwei Anträge der Linken

angenommen. Der eine wünscht die Aufhebung der Freiplätze und der andere die Anwendung der §§ 66 und 71 des Betriebsrätegesetzes auf die Befugnisse des Betriebsrates. Vor Schluß der Debatte meldete sich noch Stadtrat Dr. Wolfhard, um gegen den „Theateranzeiger“ wegen seiner Angriffe gegen den Intendanten vom Leder zu ziehen.

Die anderen Punkte der Tagesordnung gaben zu keinen besonderen Erörterungen Veranlassung. Zu einem bemerkenswerteren Geplänkel kam es nur bei der Anstellung des Herrn Prof. Föhner als Vorstand der städtischen Sammlungen für Natur- und Völkertunde. In der Debatte behielt die Ansicht die Oberhand, daß die Schaffung dieser Stelle notwendig ist, damit die wertvollen Sammlungsbestände eine fachkundige Pflege erfahren und so bald als möglich zur Aufstellung gelangen können.

Sitzungsbericht.

Oberbürgermeister Dr. Ruher eröffnete die Sitzung um 3 Uhr. Anwesend sind 71 Mitglieder. Es werden zunächst zwei kleine Anfragen beantwortet.

Aufhebung der Friedhofgebühren.

Die Fraktion der Kommunistischen Partei hat an den Stadtrat nachstehende „kurze Anfrage“ gerichtet:

1. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, um den anlässlich der letzten Voranschlagsberatung vom Bürgerausschuß angenommenen Antrag betr. Aufhebung der Friedhofgebühren zur Durchführung zu bringen?

2. Ist der Stadtrat gewillt, dem Bürgerausschuß baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, in der die Beseitigung der Gebühren für die Erd- und Feuerbestattungen beantragt wird?

Wir ersuchen, die Antwort in der nächsten Bürgerausschußsitzung bekannt zu geben.

Der Stadtrat erteilt hierauf folgende Antwort: „Der Stadtrat beschließt die Erlassung einer neuen Gebührenordnung für die Friedhöfe und zwar sowohl für die Bestattungsanstalt wie für die Benutzung der Gräber; diese Ordnung wird dem Bürgerausschuß zur Zustimmung gegeben.“

Die Platzfrage für ein Opern- und Schauspielhaus.

Die Deutschnationalen Rathausfraktion hat zur Beratung des Theatervoranschlags folgende „kurze Anfrage“ eingereicht:

„It neuerdings die Platzfrage für ein Opern- und Schauspielhaus geprüft worden? Wenn der Bau auch noch in weiter Ferne liegt, so sind doch an einen solchen Platz beratige Forderungen zu stellen bezüglich Lage, Größe, Zufahrten, Straßenbahnverbindung usw., daß diese Frage rechtzeitig entschieden werden muß zumal zur Zeit die Platzfrage für ein Bühnhaus erwogen wird und hierbei auf die noch wichtigere Platzfrage für ein Theater Rücksicht genommen werden muß.“

Der Stadtrat erteilt hierauf folgende Antwort: „Der Bau eines großen Theatergebäudes liegt in unübersehbarer Ferne; gleichwohl wird bei Aufstellung der städtischen Bebauungspläne nach bester Möglichkeit für die Bereitstellung von Grundflächen gesorgt werden, die sich nach Lage und Einfügung in das Stadtbild für den gedachten Zweck wie auch für etwaige andere große Baubedürfnisse eignen.“

Erwerbung und Verkauf von Grundstücken.

Stv.-Vorstand Koll empfiehlt die Annahme der Vorlage. Stv. Eberhard (U.S.P.) wendet sich gegen den Verkauf städt. Grundbesitzes. Seine Fraktion ist nur für eine Begebung im Wege des Erbbaurechts. Er stellt den Antrag, daß über die Vorlage getrennt abgestimmt wird. Seine Fraktion lehnt die beiden letzten Punkte der Vorlage ab, die den Verkauf an die deutsche Bergin A. G. und an das Rheinische Brauereibetrieb betreffen. Stv. Dreifuh (Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage, da ihr die Rechte der Stadtgemeinde genügend gesichert erscheinen. Stv. Koll betont, daß die Bergin A. G. auch beabsichtige, in Mannheim weitere Fabrikanlagen zu erstellen. Es liege im Interesse der Stadt, eine Industrie zu unterstützen, die der Stadtgemeinde Nutzen bringt. Stv. Dr. Hirtler (Soz.) teilt mit, daß sich bei einer Rundfrage in verschiedenen Evidien ergeben habe, daß die Industrie das Erbbaurecht überall ablehne. Außerdem würden auch auf andere Weise die Interessen der Stadt genahrt. Ueber die Vorlage wird getrennt abgestimmt. Die Vorlage wird angenommen, die beiden letzten Punkte gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten.

Geländeaustausch mit der Firma Unionwerke A. G. Maschinenfabriken in Mannheim.

Stadtratsbeschuß: Die Stadt überläßt der Firma Unionwerke A. G. in Mannheim-Redarou von Gb.-No. 16 743 eine Teilfläche von 2 325 Qm. zum Bau eines Verwaltungsgebäudes in der Redarouerstraße und erhält im Tausch dagegen die Grundstücke Gb.-No. 11 345/16, 16 801/17 und 16 801/18 mit zusammen 2 120 Qm., ferner das Grundstück Gb.-No. 11 345 mit 672 Qm. sowie ein Aufschlag von 30 000 Mk.

Nach kurzer Begründung durch Stv. Koll wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Geländeabtretung für den Redarouanbau.

Diese Vorlage wird auf Wunsch des Stadtrats zurückgestellt.

Neupflasterung der Seidenheimerstraße vor dem Schlachthof.

Der Stadtrat hat die Neupflasterung der Seidenheimerstraße vor dem Schlachthof mit einem Aufwand von 610 000 Mk. zugunsten der etwa durch Lohn- und Preissteigerungen verursachten Mehrkosten genehmigt. Die Kosten sollen aus dem Pflasterfond bestritten werden.

Nach Begründung durch Stv. Seizinger einstimmig ohne Debatte angenommen.

Gebührenordnung des städtischen Schlacht- und Viehhofes.

Stv. Seizinger begründet und empfiehlt die Annahme der Vorlage mit dem Nachtrag, die Gebühr für die Rühlzellen im Schlachthof mit Wirkung vom 1. April 1922 von 320 Mk. auf 450 Mk. pro Quadratmeter und Jahr zu erhöhen. Stv. Schramm (Ztr.) richtet an die Regierung die Bitte, durch diese Erhöhung der Gebühren nicht auf die Fleischpreise abermals zu erhöhen. Die Vorlage wird einstimmig genehmigt.

Gebühren für die Fleischbeschau.

Stadtratsbeschuß: Zufolge Erhöhung der Vergütung der Fleischbeschauer wird zu den durch die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 29. November 1921 festgesetzten Mindestgebühren für die Leistungen der Fleischbeschauer ein Zuschlag von 10 Proz. erhoben. Dieser Zuschlag ist auch bei künftiger Veränderung der staatlichen Gebührensätze zu erheben.

Stv. Seizinger empfiehlt die Vorlage zur Annahme. Stv. Koll (U.S.P.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, wonach der letzte Satz der Vorlage: „Dieser Zuschlag ist auch bei künftiger Veränderung der staatlichen Gebührensätze zu erheben“, zu streichen ist. Die radikale Fraktion wird gegen die Stimmen der U.S.P. genehmigt.

Entwässerung von Feudenheim.

Der Stadtrat hat beschlossen, als Beitrag zu den Kosten der Anlagehaltung des Ruhweidegrabens aus Verlaß des Redarouanbaues in Feudenheim einen Betrag von 88 000 Mk. zurüßlich des aus

Lohn- und Materialpreissteigerungen sich etwa ergebenden Mehraufwandes aus Anliehensmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren zur Verfügung zu stellen.

Stv. Hahn befürwortet die Vorlage. Stv. Koller (Ztr.) tritt dafür ein, daß die Kosten der Entwässerung vollständig von der Redarouan A. G. getragen werden. Ferner bittet er den Stadtrat dafür Sorge zu tragen, daß von der Redarouan A. G. eine Brücke über den Redar bei Feudenheim gebaut wird. Stv. Wosje (D. V. P.) ersucht den Stadtrat, in eine nochmalige gründliche Prüfung der zurückgegangenen Vorlage 4 einzutreten. Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Erneuerung und Ergänzung des Schlauchmaterials für die Berufsfeuerwehr und die freiwillige Feuerwehr.

Stadtratsbeschuß: Zur Beschaffung von 1300 Meter Hanfschlauch und 1780 Meter gummiertem Hanfschlauch für die Berufs- und freiwillige Feuerwehr werden aus der „Allgemeinen Rücklage“ des Voranschlags 1921 330 000 Mk. bewilligt.

Stv. Hahn begründet die Vorlage und empfiehlt ihre Annahme. Stv. Mayer-Dinkel (Dem.) hält es für notwendig, daß man bei der Anschaffung von Material etwas mehr kaufmännisch verfährt. Stv. Hrig bittet um Aufklärung darüber, warum hier die Dringlichkeitskommission nicht zugezogen worden sei. Oberbürgermeister Dr. Ruher antwortet darauf, daß man nicht wissen konnte, daß die Preise so schnell steigen würden. Stv. Mayer-Dinkel (Dem.) hält es für notwendig, daß man sich von Zeit zu Zeit nach den Preisen erkundigt, damit man auf dem Laufenden bleibt. Informationsquellen seien hier zur Genüge vorhanden. Hierauf wird die Vorlage einstimmig genehmigt.

Die Stelle des Vorstandes der städtischen Sammlungen für Natur- und Völkertunde.

Stadtratsbeschuß: Für die Leitung der natur- und völkertundlichen Sammlungen der Stadt wird die Stelle eines Vorstandes der städtischen Sammlungen für Natur- und Völkertunde geschaffen, die in Gruppe XIII der Stadtbefehlungsordnung eingereiht ist.

Zu dieser Vorlage ist ein Antrag der Zentrum-Fraktion eingegangen, nach dem die neu zu schaffende Stelle nur in Gruppe 12 eingereiht werden soll. Stv. H. Hrig begründet die Vorlage, wobei er darauf hinweist, daß die Stadt Mannheim reiche Sammlungen besitzt, über die die Bevölkerung noch nicht genügend orientiert ist. Stv. Schell (Dem.) gibt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage. Er wäre sehr erfreut, wenn man die reichen Sammlungen möglichst bald zu Gesicht bekommen würde. Stv. Godek (D. V. P.) hat Bedenken gegen die Vorlage, besonders gegen einen Umbau des Zeughauses, in dem die Sammlungen untergebracht werden sollen. Stv. Dr. Moeckel (Ztr.) lehnt der Vorlage seine sympathisch gegenüber. Er begründet den Antrag seiner Fraktion damit, daß die Stelle solange in Gruppe 12 eingereiht werden soll, bis Räumlichkeiten für die Sammlungen bereit stehen und sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Stv. Herfel (Soz.) stimmt der Vorlage zu und betont, daß die Arbeit, die hier den neuen Leiter erwartet, nicht zu gering einzuschätzen sei, sondern daß hier dem neuen Manne ein reiches Arbeitsfeld offen stehe. Stv. Gremm (Ztr.) wendet sich entrüstet dagegen, daß für die Sammlungen sofort Geld ausgegeben werden soll. Er ist der Ansicht, daß der „alte Kram“ ruhig noch 10 Jahre in den Kästen liegen bleiben könne, ohne daß damit der Kunst geschadet werde. Stv. Dr. Jekelsohn (Dem.) stimmt der Vorlage zu, damit diese Millionenwerte aus dem Magazin herauskommen, da das Geld, das hier ausgegeben wird, der Allgemeinheit nur nützen kann. Stv. Perrey (D. V. P.) bittet den Vorredner, ihn einen Menschen aus den unteren Bevölkerungsklassen zu nennen, nach einer auswärtigen Kunststadt gefahren ist. (Rul Rul) Er stimmt übrigens den Ausführungen des Stv. Gremm zu und lehnt die Vorlage ab. Stv. Bühler (Dem.) tritt den Ausführungen des Stv. Perrey entgegen. Stv. Wosje (D. V. P.) ist der Meinung, daß die Sachlage in Betracht 12 sehr gut aussieht für die neue Stelle. Um übrigen begrüßt er die Vorlage, da er die Sammlungen der Öffentlichkeit nutzbar machen will. Stv. Wendlin (Mittler.) erklärt sich für die Annahme. Er hält es für ganz selbstverständlich, daß der Leiter der Sammlungen im Hinblick auf die Arbeit und Leistungen, die von ihm gefordert werden, in Gruppe 13 eingereiht wird. Oberbürgermeister Dr. Ruher bemerkt, daß Prof. Föhner schon seit Jahren im Zeughaus warte und die Stadt Mannheim für ihre Sammlungen und Schönheiten keinen treueren Freund habe, dem man für seine Tätigkeit wärmsten Dank aussprechen müsse. Wenn Herr Stv. Gremm (Ztr.) der Ansicht Ausdruck gegeben habe, daß hier für den Leiter keine Uneigennützigkeit, sondern etwas anderes in Betracht käme, so müßte er das mit aller Schärfe zurückweisen. Stv. Wosje (D. V. P.) stimmt namens seiner Fraktion der Vorlage mit Einreichung der Stelle in Gruppe 13 zu. Der Zentrumsantrag wird mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt; die Vorlage mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Bergütung der Mitglieder der amtlichen Schönnungskommission.

Laut Stadtratsbeschuß sollen die Bergütungen der Mitglieder der amtlichen Schönnungskommission mit Wirkung vom 1. Januar 1922 verdoppelt werden. Die Gebühren für die amtliche Schönnung betragen zur Zeit bei einem Schönnungswert bis 3000 Mk. 6 Mk., bis 5000 Mk. 10 Mk., bis 10 000 Mk. 20 Mk., bis 20 000 Mk. 30 Mk., bis 50 000 Mk. 50 Mk. und bei einem höheren Schönnungswert von je 10 000 Mk. 2 Mk. mehr. Die Einnahmen der Stadtkasse aus Schönnungsgebühren betragen in den Jahren 1918, 1919 und 1920 für zusammen 1201 Schönnungen 28 790 Mk. An die Mitglieder der Kommission wurden davon 17 283 Mk. abgeführt. Bei einer Verdoppelung der Gebühren wird demnach für die Stadtkasse ein Ueberfluß nicht mehr verbleiben. Vielmehr wird ein Teil sowie die Aufwendungen der Stadt ungedeckt bleiben.

Stv. H. Hrig begründet die Vorlage, die ohne Debatte einstimmig angenommen wird.

Voranschlag des Nationaltheaters für das Jahr 1922 bezw. das Spieljahr 1922/23.

Es liegt ein Antrag der U.S.P.-Fraktion vor: „Alle Freiplätze für das Theater werden aufgehoben. Der Beschluß des Stadtrats, wonach das Theater kein wirtschaftlicher Betrieb sei, wird aufgehoben. Der Betriebsrat tritt hiermit in seine vollen gesetzlichen Rechte ein.“

Stv.-Obmann Fuhs

begründet ausführlich die Vorlage. Die gemischte Kommission, die zur Überprüfung des Voranschlags eingesetzt worden ist, empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage, desgleichen der Stadtverordneten-Vorstand. Er hofft, daß auch künftig das Theater in seiner jetzigen künstlerischen Form durch die Stadt erhalten werden kann.

Intendant Dr. Kracher:

„Als ich die Leitung des Mannheimer Nationaltheaters übernahm, war ich mir bewußt, daß mich keine leichte Aufgabe erwartete. Es war mir bekannt, daß Mannheim ein Theaterstadt ist vor allem besonders ausgerüsteten Plätzen. Andererseits mußte ich damit rechnen, daß die Verhältnisse selbst mit Rücksicht auf die Zeitumstände nicht gerade einfach zu lösen sind. Ich war mir klar, daß zunächst eine Uebergangszeit eintraten müßte, um ein Fundament zu schaffen, von dem aus in intensiver Arbeit aufgebaut werden konnte. Was den Spielplan angeht, so stehe ich auf dem Standpunkt, daß es darauf ankommen muß, nicht eine möglichst große Anzahl Ur- und Erstausführungen herauszubringen, sondern einen abwechslungsreichen Bestands zu haben. Dazu manövriert es aber an Platz, auf dem möglichst eingehend geprobt werden kann. Für größere Stücke steht uns fast nur die Bühne selbst zur Verfügung. Die Probierbühne kann

Sto. Perrey (D.N.):

Die Beratung des Theater-Berichtes war von jeher der wichtigste Teil der gemeinsamen Voranschlagsberatung. Das ist er auch heute...

Stadts. Dr. Koelbel (St.):

Ich will voraussichtlich, daß wir der Vorlage zustimmen werden. Ich kann nicht die Ansicht teilen, daß das künstlerische Niveau des Theaters im letzten Jahr gesunken sei...

Sto. V. Seizinger (U.S.P.):

Nimmt namens seiner Fraktion ebenfalls den Budget mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß andere Verpflichtungen nicht notleidend...

Stadts. Godes (D.N.):

Heute steht das Theater vor einer Krise. Heute ist es Pflicht des Stadtmanns, daß er von dem Betrieb etwas spricht. Jeder will heute mitleiden und mitleiden. Wenn dieses Gefühl heute nicht jeden befehle...

Sto. Hoff (Komm.):

Es stimmt, daß die Mannheimer Bevölkerung mit Liebe an ihrem Theater hängt, aber die finanziellen Räte lassen nicht mehr das Interesse für unser Theater bei den arbeitenden Klassen aufkommen...

Stadts. Dr. Wollhard (Dem.):

glaubt, daß beim Sprechen über das Theaterbudget auch eine gewisse Kenntnis dieser Dinge vorausgesetzt werden muß. Aus diesem Grunde tritt er dafür ein, daß für den Stadtrat die Freispieler...

Oberrürgermeister Dr. Außer:

steht fest, daß es Freispieler im engeren Sinne im Theater so gut wie nicht gibt. Freispieler gibt es eigentlich nur für die Angehörigen des Personals...

Bei der Abstimmung

wird der Antrag die Freispieler aufzuheben, mit 26 gegen 23 Stimmen angenommen. Der weitere Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt...

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Die Wahl zur Angestelltenversicherung.

Es wird uns geschrieben: Die bürgerliche Presse hat wiederholt die Behauptung aufgestellt: Die Stellungnahme des Abundus zur zukünftigen Entwicklung der Angestelltenversicherung...

dem Ausschuss überwiesen werden. Diese Art der Verhandlung — das können wir ruhig sagen — haben wir sabotiert...

Die Herrschaften der Alfa freuen sich also, daß es ihnen gelungen ist, eine durch die Zeitverhältnisse bedingte Verbesserung der Angestelltenversicherung durch Sabotage zu verhindern...

Nach außen aber schimpfen sie auf die angeblich leistungsunfähige Angestellten-Versicherung. Wer sachliche Arbeit nach sachlichen Gesichtspunkten will...

Städtische Nachrichten.

Aus der Stadtrats-Sitzung vom 26. Januar 1922.

Die neu errichtete Stelle des leitenden Arztes im Säuglingskranienhaus und zugleich die ärztliche Leitung der städtischen Säuglings- und Kleinkinderfürsorge wird dem Professor Dr. Rudolf Heß, 3. St. in Offen a. d. R. übertragen.

Es wird Kenntnis genommen, daß die Sandhoferstraße III. Teil zwischen Langenstraße und Feldweg, No. 2775 fahrbar hergestellt und dem Verkehr übergeben worden ist.

Die Gebühren für Grundbesitzsteuerungen werden vom 1. Februar 1922 auf etwa das Doppelte erhöht.

Den Firmen J. Groß Nachfolger Inh. Steiner und Warenhaus Kander dankt der Stadtrat für die der Berufsfeuerwehr übermiesenen Geschenke.

Regimentstag. Dem Beisitzer anderer Regimenter folgten, wird auch das ehemalige 7. Badische Infanterie-Regiment 142 in diesem Jahre einen Regimentstag veranstalten.

Über die Ablegerung der Steuerarten findet sich im Einzelnen eine Bekanntmachung des Finanzamts, in der die Ablegerung der Steuerarten, in der der Mannheimer wohnenden Arbeitnehmer geregelt wird.

3. Silberne Hochzeit. Am heutigen Tage feiert Herr Amtsanwalt Dr. Josef Schumacher mit seiner Ehefrau Elisabeth geb. Weiß das Fest der silbernen Hochzeit.

Veranstaltungen.

Theaternachricht. Im Neuen Theater wird Sonntag anstelle von Schwarzkünzler die Komödie „Potasch und Perlmutter“ gegeben.

Volkshochschule Mannheim. Am 29. und 31. Januar wird die Volkshochschule unter der Leitung Prof. Arnold Schallneider das Oratorium „Die Schöpfung“ von J. Haydn zur Aufführung bringen.

Das Tongalenspiel „Die Waise“, das furs der Weihnachtszeit mit Spannung erwartet wurde, aber wegen einer Grippe — Erkrankung der beiden Hauptdarstellerinnen im Mannheimer Kleinkindertheater...

Table with 2 columns: National-Theater and Neues Theater. Rows include dates and play titles like 'Der Freischütz', 'Potasch u. Perlmutter', 'Der Wilschütz', 'Cavalleria rusticana', 'Der Rosenkavalier'.

Gerichtszeitung.

Konstanz, 27. Jan. Wegen unzureichender Hinterlegung bei der Veranlagung für 1920 wurde der Handelsmann Emil Heibelmann aus Konstanz vom Finanzamt Konstanz in eine Geldstrafe in Höhe von 2000 Mk. verurteilt...

Novellisten, 27. Jan. Das Staatsministerium hat den Vermerker Georg Haug aus Jandelsheim, der am 1. März vorigen Jahres dem Schwurgericht des Platz wegen Doppelmordes (Ermordung von Frau und Schwiegermutter) zum Tode verurteilt worden war, begnadigt...

Verdacht, 28. Jan. Das Volksgeschichtsbüchlein der Landesbibliothek in Jandelsheim, das im Jahre 1919 im Verlagsverlag erschienen ist, hat in der letzten Zeit Anzeichen von Verfall erlitten...

Berlin, 26. Jan. Eine Falschmännerbande, die im letzten 50-Markstücke umgekehrt 8 Millionen in Umlauf gebracht hat, wurde von dem Reichsgericht in Berlin in Verurteilung...

Das warrende „Singen“ der Stubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Bergwetterlampe, deren Flamme sich verflüchtigt und verzerrt, wenn giftige Gase auftreten...

Das warrende „Singen“ der Stubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Bergwetterlampe, deren Flamme sich verflüchtigt und verzerrt, wenn giftige Gase auftreten...

Das warrende „Singen“ der Stubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Bergwetterlampe, deren Flamme sich verflüchtigt und verzerrt, wenn giftige Gase auftreten...

Das warrende „Singen“ der Stubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Bergwetterlampe, deren Flamme sich verflüchtigt und verzerrt, wenn giftige Gase auftreten...

Das warrende „Singen“ der Stubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Bergwetterlampe, deren Flamme sich verflüchtigt und verzerrt, wenn giftige Gase auftreten...

Das warrende „Singen“ der Stubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Bergwetterlampe, deren Flamme sich verflüchtigt und verzerrt, wenn giftige Gase auftreten...

Das warrende „Singen“ der Stubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Bergwetterlampe, deren Flamme sich verflüchtigt und verzerrt, wenn giftige Gase auftreten...

Das warrende „Singen“ der Stubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Bergwetterlampe, deren Flamme sich verflüchtigt und verzerrt, wenn giftige Gase auftreten...

Das warrende „Singen“ der Stubenlampe. Das einzige Mittel, um die dem Bergarbeiter drohenden Schlagwetter zu erkennen, ist die Bergwetterlampe, deren Flamme sich verflüchtigt und verzerrt, wenn giftige Gase auftreten...

Advertisement for 'Doppelt sparsam' coffee by Pfeiffer & Dillner. Includes an illustration of a man and text describing the product's benefits for health and economy.

Advertisement for 'Bewahren Sie Ihre und Ihrer Kinder' tooth powder, 'Nr. 23' by Zahnarzt Dr. Bahrs.

Offene Stellen

Für Reise und Büro
 wird zum bald. Eintritt ein gut empfohlener Kaufm. Gehilfener
junger Herr
 im Alter von 20-25 Jahren von angenehmer Statur gesucht. Kenntnisse d. Mineral- oder Holzbranche erwünscht, jedoch nicht unbedingt erforderlich. Die Stellung ist bei zufriedenstellender Leistung angenehm u. dauernd. Ang. mit näh. Angaben, Referenzen sowie Gehaltsansprüchen sind n. J. H. 133 an die Geschäftsstelle des Blattes zu richten. Discretion zugesichert.

Bedeutende Textil-Agentur-Firma
 sucht
 per baldmög. einen jüng., befähigten **Herrn für die Reise**
 Angebote u. Q.Y. 13 an die Geschäftsstelle.

Beamten
 möglichst aus dem Bankfache, für ihre Abteilungen Buchhaltung und Vermögensverwaltungen. Gute Pensionschrift verlangt. Selbstgeschriebene Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche unter N. N. 27 an die Geschäftsstelle erbeten.

Tabakmeister
 für die Rauchtabakfabrikation von größerer Subst. Tabakfabrik gesucht. Derselbe muß in allen Zweigen in der Rauchtabakfabrikation durchaus bewandert sein und ähnliche Stellen mit Erfolg bekleidet haben. Angen. Stellung mit Gehaltsanspruch. 3-Zimmerwohnung steht zur Verfügung. — Zusätzl. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche und des frühesten Eintrittstermins erbeten unter J. P. 131 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 970

Akquisiteur
 unter günstigen Bedingungen. Besondere für die Verfertigung eines solchen als gleichzeitigen.

Agenturleiter
 der wegen Wiedererfassungsbewilligung möglichst im besetzten Gebiet beheimatet sein soll.
 Angeb. unter Beifügung eines Lebenslaufes, Zeugnisabschriften sowie unter Angabe von Referenzen unter J. E. 130 an die Geschäftsstelle.

Rheinische Maschinenfabrik A.-G.
 sucht zum baldigen Eintritt
Ingenieure u. Techniker
 welche schon einige Jahre Konstruktionspraxis hinter sich haben, Kraft und lauter zeichnen können. Bewerber, die in der Kesselkonstruktionspraxis tätig waren, bevorzugt.
 Angebote nebst Angabe des Eintrittstermines, der Gehaltsansprüche, sowie Zeugnisabschriften sind zu richten unter H. X. 123 an die Geschäftsstelle.

Abrechner
 für Ortsum- u. Hochspannungsanlagen, welche gute Materialkenntnisse besitzen und in diesem Fach schon selbstständig gearbeitet haben, zum event. sofortigen Eintritt gesucht. Ausführl. gehaltene Angebote mit frühestem Eintrittstermin unter H. Q. 107 an die Geschäftsstelle. 802

Damen bietet sich hoher Verdienst
 hauswärts und leicht durch Privatbesuche. Jeden Brief bedient u. kauft jede Dame. 2-4 Uhr. Hotel Italien bei Führer-Kompanie, 612

Gesucht zuverlässiges Fräulein oder Dame
 im Alter von 25-35 Jahren zur Führung meiner Privatbuchhaltung und damit verbundenen Verrichtungen. Kenntnisse in Buchführung und Buchhalterarbeiten erwünscht. Gehalt 12-15 Uhr und 12 bis 7 Uhr.
Vornehm gesucht tüchtige Stenotypistin
 mit langjähriger Erfahrung. Zusätzl. Angebot unter N. N. 255 an Rudolf Mosse, 13

Malzkaffee.
Tüchtig, erfahren, Meister
 für auswärtig gesucht. Angebote unter Q. V. 10 an die Geschäftsstelle des Blattes. 8400

Lehrling
 für Großhandlung gesucht. Bedingung: mindestens Obersekunderreife. Angebote unter Q. Q. 96 an die Geschäftsstelle des Blattes. 84723

Lehrling
 mit guten Schulzeugnissen von hiesiger Großhandlung zu Ostern gesucht. Angebote unter Q. F. 95 an die Geschäftsstelle des Blattes. 84722

Zum sofortigen evtl. auch späteren Eintritt suchen wir noch mehrere perfekte
Stenotypistinnen
 Angebote mit Zeugnisabschriften sind einzutreichen an E353

Brown, Boveri & Cie.
 Aktiengesellschaft
 Mannheim-Käfertal.

Perf. Stenotypistin
 mit mehrjähriger Bürotätigkeit per sofort gesucht. Anfängerin ausgeschlossen. Bewerbungen an E13
Benz & Cie.
 Rhein. Automobil- u. Motorenfabrik A.-G. Mannheim-Waldhof, Personalabteilung

Heilige Schuhfabrik hat laufend
 Heimerbeit
für handgewendete Schuhe
 zu vergeben. Schuhmacher u. welche mit dieser Arbeit durchaus vertraut sind, werden schriftliche Angebote einzureichen unter Q. P. 4 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir eine tüchtige
erste Garniererin
 für unser Bugattier. 960
 Persönliche Vorstellung unter Vorlage von Originalzeugnissen bei
S. WRONKER & Co.
 Mannheim.

Industrielle Korporation
 sucht an allen Abt. erstklassige **Berichterstatter**
 über den **Metall- u. Eisenmarkt**
 Zuschriften an 438
 Redaktions-Red. Berlin W. 62
 Maassenstr. 31

Aushilfe
 für Kochen und Bäcker
Frau Remy
 Oberer Fußweg 13
 Fernsprecher 7104.

Mechaniker-Lehrling
 für Motorreparaturwerkstätte gesucht. 8403
 Hagengasse 22.

Lehrling
 Suche auf Ostern für meine Hauswirtschaftliche Ausbildung einen Lehrling aus guter Familie mit guten Schulkenntnissen in die landwirtschaftliche Arbeit.
 Angebote mit Q. T. 3 an die Geschäftsstelle. 8402

Suchen Sie Stellung
 dann geben Sie eine Anzeige
 im **Mannheimer General-Anzeiger**
 auf. Die außerordentlich große Verbreitung in allen Kreisen verbürgt Ihrer Anzeige die größte Beachtung und daher können Sie auch auf guten Erfolg rechnen. 8400

Tücht. Mädchen
 das selbständig kochen kann und Hausarbeit verrichtet, geg. hoch. Lohn gel. Frau Emma Krebs, Ede Colliinstr. Otto Becht. 45
 Teleph. 7240. 84729

Mädchen
 Rest. z. Tannhäuser **Neckarau** (Wald) Schulstraße 15.

Mädchen
 für 1 1/2 jähriges Kind mittags gesucht. 8440
Salomon
 Lotterialstraße 29.

Stellen-Gesuche
Abiturient
 mit höherer Wertpapierpreis sucht sofort oder später 8424

Anfangsstellung
 auf techn. Büro. Angebote unter R. K. 24 an die Geschäftsstelle.

Techniker
 franz. Schweizer, 30 J. beirat, 3 J. techn. Praxis sucht Stelle im Bureau als **Zeichner, franz. Korresp.**
 (Wald) Waldstr. 11
 R. L. 25 an die Geschäftsstelle

Kindergärtnerin
 gut empfohlen, sucht Stelle. Zuschriften unter Q. D. 93 an die Geschäftsstelle. 8395

Verkäufe
Geschäftshaus mit Seitenbau, großen Hof, Souverän-Magazin, sehr massiv gebaut, in vord. Reihenlage, bei ca. 80 000 Mk. 1. et. **Geschäftshaus** mit Wirtschaft und Boden für 180 000 Mk., wobei event. 2 Zimmer frei werden, sofort zu verkaufen. **2 Geschäftshäuser**, gute Objekte, bei ca. 80 000 Mk. anzuhängen, zu verkaufen. **Geschäftshaus**, neues und zukunftsreiches Objekt, mit großem Hof und Einfahrt, am Zugenberg, für 120 000 Mk. zu verkaufen. **Häuser** durch Immobilien-Gesellschaft **F. Fick**, **Waldhofstraße 14.** 8385

1 Präzisionswage
 in Glasfassen, staubdicht verschlossen, 48/40 cm groß, mit Gewicht zum Breife von 1500 zu verk. **P 2, 7, 1 Tr.**

Max-Josefstraße
 größ. schönes Wohn- u. Geschäftshaus mit 3 Zimmern Doppelwohnungen bei groß. Anzählung zu verkaufen. Angebote unter Q. C. 92 an die Geschäftsstelle. 8378

Haus in Bismarck als Leih- u. Klein. Haus in Bismarck ab 3-4 Zim. Wohn. zu verk. 8410
 30 erfragen in der Geschäftsstelle des Bl.

Telephonzelle
 gut erhalten, preiswert abzugeben. Anfragen unter J. D. 129 an die Geschäftsstelle des Bl. erbeten. 419

Wirtschafts-Orchester
 gesucht, zu verk. 8420
 in der Geschäftsstelle.

Nachweisbar
 rentabl. Unternehmen sofort für 10000 Mark abzugeben. Angebote unter J. D. 66 an die Geschäftsstelle. 8290

Zuverläss. Heiss. Mädchen
 das kochen kann, zum 1. Februar event. später gel. **Max Josefstr. 14, 2. Et.** 8438

Suche sofort
 b. hoch. Lohn ordentl. junge **Monatsfrau**
 8400 **Waldhofstr. 30, 1.**

Sauberes, fleißiges Mädchen
 für Küchenarbeit per 1. Februar gesucht 403
Weibens Hof, Q 3, 4.

Servierfräulein
 sucht sofort Stellung in Weinrestaurant. Angebote unter Q. W. 11 an die Geschäftsstelle. 8407

Verkäuferin
 auf 1. März oder später. Angeb. u. Q. X. 12 an die Geschäftsstelle. 84730

Wollmatratzen
 z. u. Metzger, E. 11, 11. **Waldhofstr. 10, 6.**

Gasherd
 mit Tisch zu verk. 8362
S. 6, 35. III. r.

Gasherde
 mit Badofen, ist vorrat, weit unter jetz. Einkaufspreis. (Bitte nehme in Jahnung.) 8426
Reinheimer, R 7, 32.

Gebr. Badeofen
 mit Zinkbadewanne zu verkaufen. 8430
Krahn
Rheinstraße 17, 2. Et.

Gashadeofen
Kohlenbadeofen
Badewanne
 zu verkaufen. 8430
Reinheimer, R 7, 32.

Bettstelle
 mit Holz, umhändelbar zu verk. nachh. v. 3 Uhr ab. 8400
Spezialstr. 18, V. r.

3000 Gypser- und Kopenstangen
 I. und II. Klasse, lange, feinstes Material zu 20, 20, bzw. 22, 17, — das Stück bahnerleben. De- namenten, sofort lieferbar, fertiger 300 **Stangen** I. Kl. zu 20, 60 das Stück ab. 8400
 Angebote unter Q. X. 63 an die Geschäftsstelle. 8400

Nähmaschinen
 gebt. gar. gut nähend, von 500 Mk. an, sehr schöne Nähmaschinen von 500 bis 1000 Mk. u. et. 829
Platzhauer, H 3, 2.
 Ulmerne emaillierte große

Badewanne
 mit feinem Gashade- ofen preiswert abzu- geben. **Röhren 24559**
Mannheim-Feudenheim
 Hauptstraße 60

800-1000 Kartons
 17,8x35x40 cm zu ver- kaufen. 84712
K. Berle, D 6, 14.

1 Motor
 mit Schalter u. Anfaller, 349 P. S. Bergmann, mit Kupferwicklung. **1 Wäsche- und Kleiderschrank** zweiflügel, mahagoni pol. (antik). **1 Steltpult** mit Holzschelle **2 Paar verstellb. elektrische Montagerüste** 3 schwere **Dratstischschnecken- wandwinden** 1 **Stechirmschild** abzugeben. 8322
Sierles & Hermann
 Augustenstraße 33.

Schreibtisch (Dipl.) zu verk. 8375
N. 2, 1. IV.

2 räd. Handwagen
 zu verkaufen. 8400
Röhrsch, Gewerbestr. 3
Röhren

Großes Sportsachenfeld
 fast neu, gut gearb. per- sönlich abzugeben. 8443
Langenmüller
 Lotterialstraße 4, II, r

Wollmatratzen
 z. u. Metzger, E. 11, 11. **Waldhofstr. 10, 6.**

Gasherd
 mit Tisch zu verk. 8362
S. 6, 35. III. r.

Gasherde
 mit Badofen, ist vorrat, weit unter jetz. Einkaufspreis. (Bitte nehme in Jahnung.) 8426
Reinheimer, R 7, 32.

Gebr. Badeofen
 mit Zinkbadewanne zu verkaufen. 8430
Krahn
Rheinstraße 17, 2. Et.

Gashadeofen
Kohlenbadeofen
Badewanne
 zu verkaufen. 8430
Reinheimer, R 7, 32.

Geschäftshaus oder Vorderhaus mit Hinterhaus
 als Magazin für Engros-Geschäft zu **kaufen gesucht.** Angebote unter H. R. 117 an die Geschäftsstelle. 924

Miet-Gesuche
2-3 Zimmer-Wohnung
 mit Zubehör, wenn möglich in guter Lage der Stadt per sofort oder baldmöglichst gel. Dring- lichkeitsstufe vorhanden, event. werden Herrlich- keitsstufe teilweise übernommen. Bewerber erhalten Bezahlung. Angebote unter Q. E. 92 an die Geschäftsstelle des Blattes. 84721

Wir suchen für unsere Beamten
möbl. Zimmer.
Hawege vorm. H. Held
 P 5, 11/12. 8417

Wir suchen für einen Ingenieur per sofort
ein möbl. Zimmer.
SULZER, Centralheizungen
 G. m. b. H., M 5, 7. 868

Groß. Lager
 mit Baroräumlichkeiten event. mit Geleisanschluss, jedoch nicht Bedingung
für Eisenwarengrosshandlung gesucht.
 Gefl. Angebote unter H. Z. 125 an die Geschäftsstelle.

Größeres Magazin
 von tüchtigem Engros-Geschäft per sofort
zu mieten gesucht.
 Angebote unter H. S. 118 an die Geschäftsstelle des Bl.

100 bis 150000 Mk.
 als **H. Hypothek** auf ein erstklass. Wohn- haus in der Gegend **gesucht.**
 Gefl. Angeb. unter R. D. 16 an die Geschäftsstelle. 8414

Junges Ehepaar
 ohne Kind, sucht per so- fort oder 1. Februar **möbl. Wohnung**
 3 Räume nebst Küchen- einrichtung, mögl. Ofenbad in gutem Haus. Preis 1000 Mk. Gut möbliert. Angebote an 84981

Erich Schalinsky
 R 1, 4-6. Tel. 7092.
1. oder 1 1/2. März.
 Barmbeimer Junggehele, viel auf Reisen, sucht **bezahl. möbl. Einzel- oder Doppelzimmer**
 Ofen, Beleuchtung, wenn möglich separ. Eingang, gute Betten. 8399
 Angeb. unter Q. S. 7 an die Geschäftsstelle.

Junges, feines, an- scheinendes Ehepaar sucht **leeres Zimmer** mit Kochgelegenheit in nur best. Hause. Frau übernimmt dafür den Haushalt. Langfristige und feste Zeugnisse verb. Angeb. u. K. 2300 an den Vorn. G.-H., Zweigst. **Waldhofstr. 6.** 8444

Laden mit Wohnung
 zu mieten oder gegen 3 Zimmer und Küche zu **tauschen** zu u. et. Angebote an 8401

Witw. Haler
Bäckerei
 zu pachten oder Haus mit **Bäckerei** zu verk. 8426
 Angebote unter R. M. 20 an die Geschäftsstelle.

Geldverkehr
20000 Mark
 gegen Zins und 400 W. monatlich, wenn Gewinns- anteil von rechem, zu- gehendem Gehalt zu. Gewärtigung gel. Gute Sicherheiten sind verb. Nur Selbstgeber. Angeb. u. R. A. 15 an die Geschäftsstelle. 84701

Heirat
 Gebild. Fräulein, 31 J., evang., hässl. u. mittl. ergeb. musk. u. intelligenz, u. mit nur geb. geachteter u. gemäßigter Herr in d. Gegend zu **Heirat**
 befaßt zu werden. Hoff- vorzuzieh. Herren wähl. nur ernsthafte, ausführl. Zuschriften mit Bild unter **Postkarte 66**, Karlsruhe in Baden, ein- senden. 8399

Heirat
 Bekant zu werden. Hoff- vorzuzieh. Herren wähl. nur ernsthafte, ausführl. Zuschriften mit Bild unter **Postkarte 66**, Karlsruhe in Baden, ein- senden. 8399

Heirat
 Bekant zu werden. Hoff- vorzuzieh. Herren wähl. nur ernsthafte, ausführl. Zuschriften mit Bild unter **Postkarte 66**, Karlsruhe in Baden, ein- senden. 8399

Heirat
 Bekant zu werden. Hoff- vorzuzieh. Herren wähl. nur ernsthafte, ausführl. Zuschriften mit Bild unter **Postkarte 66**, Karlsruhe in Baden, ein- senden. 8399

Heirat
 Bekant zu werden. Hoff- vorzuzieh. Herren wähl. nur ernsthafte, ausführl. Zuschriften mit Bild unter **Postkarte 66**, Karlsruhe in Baden, ein- senden. 8399

Heirat
 Bekant zu werden. Hoff- vorzuzieh. Herren wähl. nur ernsthafte, ausführl. Zuschriften mit Bild unter **Postkarte 66**, Karlsruhe in Baden, ein- senden. 8399

Heirat
 Bekant zu werden. Hoff- vorzuzieh. Herren wähl. nur ernsthafte, ausführl. Zuschriften mit Bild unter **Postkarte 66**, Karlsruhe in Baden, ein- senden. 8399

Heirat
 Bekant zu werden. Hoff- vorzuzieh. Herren wähl. nur ernsthafte, ausführl. Zuschriften mit Bild unter **Postkarte 66**, Karlsruhe in Baden, ein- senden. 8399

